

FORSTTECHNISCHE INFORMATIONEN

herausgegeben von Oberforstmeister Müller-Thomas, Mainz

im Auftrage der

TECHNISCHEN ZENTRALSTELLE DER DEUTSCHEN FORSTWIRTSCHAFT E.V.

unter Mitwirkung des

INSTITUTS FÜR WALDARBEIT UND FORSTMASCHINENKUNDE DER UNIVERSITÄT GÖTTINGEN

Postverlagsort Mainz

Verlag Forsttechnische Informationen, Mainz, Ritterstrasse 14

November 1960

Nr. 11

GRENZEN DER EXTENSIVIERUNG

I.

Vorbemerkung der Schriftleitung

Prof. GLÄSER hat sich und uns mit seinen Veröffentlichungen im Forst- und Holzwirt Nr. 9 und im Holzzentralblatt Nr. 97 ds. Jhrs. keinen Gefallen erwiesen. In seiner vielfältigen Tätigkeit beginnend als Assistent von Prof. Hilf in Eberswalde bis zur Hochschullehrertätigkeit in Hann.-Münden ist es ihm immer gelungen, in Wort und Schrift seine Hörer und Leser richtig anzusprechen. Dass einige Jahre Auslandsaufenthalt genügte, um ihn die Mentalität der deutschen Forstwirte so gründlich verkennen zu lassen - oder zu ignorieren -, nimmt Wunder. Es ist ihm durch die "schrecklichen" Übertreibungen und die "unerhörten" Forderungen jedenfalls gelungen, die forstlichen Praktiker gründlich zu verblenden und seine Freunde zu schockieren.

Ich vermag Herrn Prof. HILF nicht zu folgen, wenn er im Holzzentralblatt Nr. 119/60 als Erwiderung auf Gläasers Ausführungen von der "Gesundheit des Schlafes vieler Fachgenossen" und von einem "reichlichen Mass an Lethargie" in unserer heutigen Forstwirtschaft schreibt, weil der Versuch Gläasers, "wachzurütteln", ohne grösseres Echo geblieben sei. Ich neige mehr der Stellungnahme eines Revierverwalters zu, der schreibt:

"Herr Prof. Gläser schien wohl etwas missgelaunt, dass auf seinen ersten Extensivierungsausschrei nur mässiges Rauschen im forstlichen Blätterwald einsetzte. Mithin intensivierte er sein Extensivierungsprogramm durch einen zweiten Aufsatz. Trotz vieler Mühen und bei ebensoviel Widersprüchen in den erwähnten Artikeln ist es vielleicht doch verständlich, wenn der Praktiker die Ausführungen Gläasers nur extensiv betrachtet."

Gläser hatte zudem mit seinem Leitartikel im Holzzentralblatt Pech. Wie der Verlag erst recht mitteilte, sollte die Überschrift lauten: "Produktivitätssteigerung" statt "Produktionssteigerung in der Forstwirtschaft durch Extensivierung". Wie letzteres möglich sein sollte, hätte mancher gern von Gläser erfahren, obwohl sich jeder sagen konnte, dass die Quadratur des Kreises auch einem Professor und prominenten Mitglied der FAO nicht gelingen dürfte. Ausserdem hatte die forstliche Praxis gerade die vorzüglichen Ausführungen von Lfm. WILCKENS in der AFZ Nr. 19 "Das Kommende sehen!" mit Interesse gelesen und sich den Inhalt zu eigen gemacht. Dann war in Freudenstadt das "Forum der Waldarbeit" zu sachlichen Gesprächen zusammengetreten, und hatte der Diskussionsbeitrag von Lfm. LAMERDIN ebenfalls Billigung erfahren. Vor allem war sein Hinweis zur Klärung für Aussenstehende wichtig, dass Rationalisierung durchaus nicht immer Intensivierungsmassnahmen erfordert, sondern in vielen Fällen ein Vereinfachen ist, wie es im Kulturbetrieb, beim Waldwegebau und anderorts bereits in erheblichem Umfange praktiziert wird. Schliesslich hatte Gläser selbst, bevor er die deutsche Forstwirtschaft anschoss, die 3. Auflage seiner vorzüglichen Broschüre "Ernte des Holzes" herausgebracht. Auf die gegensätzliche Tendenz von Gläser I ("Ernte des Holzes") und Gläser II (seine bewussten Artikel) geht HILF in der Entgegnung "Durch Primitivbetriebe zur wirtschaftlichen Forstwirtschaft" ein (siehe oben).

Ein Aufrütteln der Praxis war demnach bereits erfolgt. Sicher ist es gut, wenn von vielen Seiten in die gleiche Kerbe gehauen wird. Aber den Forstmännern einen "so starken Tobak vorzusetzen" (HILF) ist verfehlt und dient nicht der Sache.

Der schlechte Dienst, den Gläser der deutschen Forstwirtschaft mit seinen "krassen Behauptungen" und dem "Un-sinn" mancher seiner Darlegungen erwiesen hat, ist von Lfm. WILCKENS im Holzzentralblatt Nr. 117 sehr vorsichtig formuliert worden. Er spricht von "Laien, Nichtkundigen sowie von Zweckbestimmten". Diesen können die Ausführungen eines so prominenten Forstmannes Veranlassung geben, die Schuld an den gerin-

gen oder fehlenden Überschüssen bei den heutigen Vertretern der Forstwirtschaft bzw. in der Organisation der Forstwirtschaft zu suchen. Den "Zweckbestimmten" sind die Ausführungen Gläasers Wasser auf die Mühle.

Eine erfolgreiche Rationalisierung muss den gesamten Erzeugungsvorgang erfassen. Dazu muss natürlich die Zielsetzung bekannt sein. Das gibt den FORSTTECHNISCHEN INFORMATIONEN Veranlassung, insoweit in die von Gläser gewünschte Diskussion einzutreten, als wir aus beruflichem Munde in einer Reihe von Artikeln einmal festzustellen suchen, wo die Grenzen der Extensivierung liegen, wenn weiterhin Forstwirtschaft betrieben werden soll, was schliesslich auch GLÄSER will.

Zum Schluss noch ein versöhnlicher Gedanke eines Schweizer Rezensenten, der sich durch Gläser nicht attackiert zu fühlen braucht und daher schreibt:

"Die Grundkonzeption seiner Gedanken, nämlich dass infolge der allgemein veränderten wirtschaftlichen und technischen Voraussetzungen auch in der Forstwirtschaft die Notwendigkeit besteht, mehr noch als bisher mit dem Rechenstift in der Hand nach neuen ökonomischen Wegen zu suchen, ist ohne Zweifel anzuerkennen."

Die Suche nach solchen ökonomischen Wegen und das Für und Wider der in dieser Hinsicht geäusserten Gedankengänge und erhobenen Forderungen sorgfältig abzuwägen wird uns - soweit sie sich nicht auf forstpolitischem Gebiet bewegen - im neuen Jahre ernsthaft beschäftigen. Wir wären nur für Sachlichkeit dankbar, damit die guten Gedanken nicht von einem Wust von Übertreibungen und Herausforderungen überdeckt werden und die Leser nicht zu Schlussfolgerungen kommen, wie sie der "strapazierte Parkinson" von einem seiner zahlreichen Kritiker erfahren musste. Fritz MORSTEIN-MARX betrachtet in seiner "Einführung in die Bürokratie" (Herm. Luchterhand Verlag, Neuwied) Parkinsons Law als "heiteren Ausflug in das Gebiet halberner Statistik" und mit gewissem Vorbehalt als "Ulk".

Müller-Thomas

II.

Die Dinge im Zusammenhang sehen

von Landforstmeister Wilckens, Wiesbaden

Alle auf Rationalisierung und Extensivierung gerichteten betrieblichen Massnahmen setzen die Kenntnis und Analyse der tatsächlichen Ertragssituation der Forstverwaltung und der Kostensätze der einzelnen betrieblichen Vorgänge voraus. Dabei ist es nicht gut, sich von Werten bestimmen zu lassen, die durch ihr optisches Bild beeindruckten (Überschüsse), aber in ihrer begrenzten Aussagefähigkeit kein Bild der tatsächlichen Ertrags- und Kostensituation vermitteln. Das ist erforderlich, um danach auch etwaige Verbesserungsvorschläge nach ihrem Intensitätsgrad zu bemessen. Je radikaler die Vorschläge, umso exakter, aber auch vorsichtiger ist in diesem Sinne abzuwägen, was aufgegeben und dafür gewonnen wird. Das bezieht sich vor allem auf die heute so bereitwillig angebotenen Vorschläge auf Organisationsänderungen, die das Ziel verfolgen, die Verwaltung zu vereinfachen und dabei Personal einzusparen. Hier wären zunächst die Möglichkeiten solcher Einsparungen abzuzeichnen, vor allem im Hinblick auf das nun einmal bestehende Beamtenrecht. Man wird sodann bald die enggezogenen Grenzen erkennen. Wenn man aber eine Staatsforstverwaltung mit beamteten Kräften will und immer gewollt hat und die Vorteile dieser Institution auch bislang immer dankend entgegenzunehmen pflegte, kann man sich nun nicht plötzlich, bedingt durch eine beengte Ertragslage, der Beamten entledigen wollen. Andererseits ist sehr genau "Gewinn und Verlust" eines solchen Unterfangens abzuwägen. Bei den bisher vorgebrachten Vorschlägen auf Verwaltungsvereinfachung und Beamtenabbau sind diese wesentlichen Ge-

sichtspunkte aber kaum berührt worden. Der Schwierigkeit dieser Situation sich wohl bewusst hat damals die ehem. preussische Staatsforstverwaltung in ihrer Denkschrift über die Hebung der Rentabilität der preussischen Staatsforsten von 1932 auch nur den Hinweis gegeben auf die Notwendigkeit einer "völligen betrieblichen Umstellung der gesamten äusseren und inneren Organisation der Forstverwaltung". Von einer weiteren Erörterung dieses Themas hat man indessen abgesehen, ja, kaum angedeutet, in welcher Richtung eine solche Organisationsumstellung zu sehen sei, da "für die Durchführung selbst von Teilen dieses Programms zur Zeit keine Aussicht bestehe". Immerhin war das Ergebnis - in der Denkschrift gerade nicht befürwortet -, dass etwa 40 Forstmeisterplanstellen, etwa 5% der vorhandenen, eingezogen wurden. Letztlich ist das auch wieder nur die Lösung, die heute als organisatorische Massnahme angepriesen wird. Nun wird niemand bezweifeln, dass bei den heutigen erleichterten Verkehrsverhältnissen u. a. die Forstamtsgrösse gut und gern auf durchschnittlich 4 000 ha, die Revierförsterei auf 600 ha Waldfläche aufgestockt werden könnten, bald mehr, bald weniger, abgestuft auf die örtlichen Verhältnisse. Das würde in Hessen bereits durch den Abbau von 10 Forstämtern erreicht, was vorgesehen ist. Die soeben erschienenen hessischen Wirtschaftsergebnisse 1959 weisen aus, in welcher hohen Masse solche Organisationsmassnahmen - auch Auflösung von Revierförstereien, Bildung von Forstwarten usw. - bereits eingeleitet und wirksam geworden sind. Aber wer in der Verwaltung steht, weiss, dass solche Vorhaben nur sehr vorsichtig und wohl ausgewogen verwirklicht werden können. Man soll aber nicht glauben, auf solche Weise ins Gewicht fallende Einsparungen bei den Personalkosten zu erzielen. So weist in Hessen der bereinigte Personalaufwand 27 % der Gesamtaufwendungen aus. Hiervon entfallen allein 7 % auf die (bereinigten) Versorgungslasten, die als echte fixe Kosten von keiner Verwaltungsreform berührt werden, so dass die manipulierten Personalkosten überhaupt nur 20,5 % ausmachen, wobei noch ein Teil auf Kriegsfolgelasten zu verrechnen wäre. Demgegenüber umfassen die Waldarbeiterlöhne einschliesslich Arbeiterversicherung und -fürsorge 48 % der Gesamtaufwendungen. Nach der bereits am 1. Oktober 1960 wirksam gewordenen neuen Lohnerhöhung betragen diese 52 %, die Personalkosten erreichen nur noch 19 %. Bei diesem hohen Aufwandskontingent für Löhne also liegt das Schwergewicht der Belastungen. Dass auf diesem Gebiet unabhängig von seiner sozialpolitischen Seite noch manches auszuschöpfen ist, haben die neuen Wegebau- und Kulturverfahren mit einem entsprechenden Maschinen- und Geräteeinsatz erwiesen. Darüber hinaus wird die sog. Entfeinerung des Waldbaus und anderorts kostensenkend wirken. Was die Arbeitnehmervvertretungen gar nicht gern hören: Die stetigen Lohnerhöhungen können keinesfalls in dem gleichen Masse eine Erhöhung des Lohnvolumens zur Folge haben. Vielmehr wird es heute, in der Zeit des Arbeitsplätzeüberangebots, Aufgabe der Forstämter sein, den vornehmlich in den grösseren geschlossenen Waldgebieten noch bestehenden Arbeitskräfteüberhang weitmöglichst abzubauen. Heute wird durch solche Massnahmen niemand brotlos. Das ist allerdings ein Vorgang, der einer längeren Ablaufszeit bedarf und auch im Zusammenhang mit der besonderen Agrarstruktur Hessens zu sehen ist. Die günstige Arbeitsmarktsituation ist aber heute weitgehend zu nutzen, so dass der Verwaltung im Endziel eine vollbeschäftigte Arbeiterschaft, wohl ausgerüstet und ausgebildet aber auch mit hohen Verdiensten zur Verfügung stände. In Forstämtern mit Arbeitskräftemangel, namentlich im Einzugsgebiet der industriellen Ballungsräume vielleicht ein Dauerzustand, sollten modern ausgerüstete, beweglich gemachte Arbeitszüge eingesetzt werden. Diese leistungsfähige Waldarbeiterschaft muss aber dann auch höchste Verdienste erzielen, die mit den Industrielöhnen einen Vergleich aushalten können. Hier liegen sehr wohl noch auszuschöpfende Möglichkeiten.

Nun bietet für die Beurteilung der tatsächlichen Ertragslage die einfache Überschussrechnung gar keine aussagefähige Grundlage. Diesem Zweck können nur die bereinigten Überschüsse dienen, bei denen vor allem diejenigen Belastungen ausgeschieden werden, die betriebsfremden Charakter haben, z. B. die Kosten für die Beförderung und die betriebstechnische Leitung im Körperschaftswald. Wenn dieserart die bereinigten Überschüsse zugrunde gelegt werden, schliesst die hessische Staatsforstverwaltung für das letzte abgelaufene Rechnungsjahr 1959 mit einem buchmässigen Überschuss (Unterschied von Einnahmen und Ausgaben) von 8,2 Mio DM, aber mit einem bereinigten Überschuss von 15,1 Mio DM ab. Das sind 47 DM/ha. Auch das ist, verglichen mit den Gewinnen und Erträgen in der gewerblichen Wirtschaft gewiss ein recht bescheidenes Ergebnis. Aber die Forstwirtschaft hat vorwiegend den negativen Anteil an dem Wirtschaftswunder zu tragen insofern, als sie den Auftriebstendenzen von Löhnen und Gehältern voll entsprechen muss, diese Belastungen aber in höheren Holzpreisen nicht wieder abfangen kann. Sie kennt keine Selbstkostenpreise, sie kann auch die Umsätze nicht beliebig erhöhen. Auch der Holzeinschlag ist nur begrenzt nach der Marktlage zu manipulieren. Es ist bei den hessischen Erträgen ausserdem zu beachten, dass Hessen ein Buchenland darstellt. So hat die Staatsforstverwaltung im Jahre 1959 allein 40,5 % des Gesamtderbholzeinschlags in Buche und anderem Laubholz und 9 % in Eiche erfüllt. Dabei hat

die Holzart Buche nur einen Durchschnittserlös von 39,29 DM/fm, die Eiche 52,21 DM/fm erreicht, während die Fichte 64,42 und die Kiefer 62,15 DM/fm erzielen konnten. Mit diesem hohen Laubholzeinschlag, namentlich Buche, ist das Land Hessen zumal bei der zeitweiligen Depression auf dem Buchenmarkt von vornherein gegenüber den anderen grösseren Ländern stark benachteiligt. Es ist daher zu erwarten, dass namentlich die süddeutschen Forstverwaltungen mit erheblich höheren Erträgen für 1959 abschliessen, so dass für diese noch viel weniger ein Notstand in Erscheinung tritt, der radikale Massnahmen auf dem Gebiet der Organisation und Betriebsführung rechtfertigte. Ausserdem lässt die gegenwärtige Holzmarktlage erkennen, dass die Erträge von 1960 und 1961 trotz der Lohnerhöhung mindestens nicht ungünstiger als 1959 sein werden. Daraus ist zu folgern, dass die Verwaltungen sehr wohl Zeit haben, ohne Überstürzung zu prüfen, welche der vielen wohl gemeinten Vorschläge an Rationalisierungs- und Organisationsmassnahmen realisierbar sind und Nutzen und Erfolg versprechen.

Doch bedürfen die Verwaltungen in solcher beengten Situation eines besonderen Rüstzeugs. Das ist die Kenntnis der tatsächlichen Ertragslage der Einzelbetriebe und der Gesamtverwaltung u.a. auch, um bei der Zuweisung der Haushaltsmittel den Wirkungsgrad des Mitteleinsatzes im Auge zu behalten. So betont schon die preussische Denkschrift, dass beschränkte Kulturgelder in erster Linie den ertragreichsten Böden zuzuführen seien, wobei wir gar nicht soweit gehen wollen, wie es auch darin heisst, dass jedes Forstamt sich grundsätzlich selbst zu tragen habe. Im Wege einer sich auf die Gesamtverwaltung beziehenden betriebswirtschaftlichen Jahresrechnung, wie sie bereits in den hessischen Wirtschaftsergebnissen 1959 veröffentlicht worden ist, die später auch forstamtsweise gefertigt werden soll, ist die hessische Verwaltung bemüht, sich zeitgerecht über die tatsächliche Ertragssituation im Ganzen wie im Einzelnen ins Bild zu setzen. Ferner bedürfen die Verwaltungen einer wohl differenzierten forstamtsweisen Betriebsstatistik nach Holzpreisen und Holzsortenanfall, nach Leistungs-, Verdienst- und Kostensätzen sowie nach Kultur- und Wegebaukosten und eine auch in Hessen noch auszubauende Kontroll- und Plankostenrechnung auch in Zusammenhang mit arbeitsorganisatorischen Betriebsplanungen. Die Lochkarte allein vermag dieses vielfältige statistische Material kurzfristig und rationell beizubringen. Das alles ist noch ein weites Feld, das es zu bestellen gilt, aber nur so wächst die Forstverwaltung sich allmählich zu einem Forstwirtschaftsbetrieb aus.